

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 15 (1988)
Heft: 2

Artikel: Energiepolitik : kein einig Volk
Autor: Schläppi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910694>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Energiepolitik

Kein einig Volk

In der Energiepolitik ist die Schweiz gespalten. Einig sind sich die Willensträger nur darin, dass Energie gespart werden muss. Die damit verbundene Frage eines Ausstiegs aus der Kernenergie ist zu einem Glaubenskrieg geworden und trübt die Aussichten auf eine unbedingt notwendige nationale Übereinkunft.

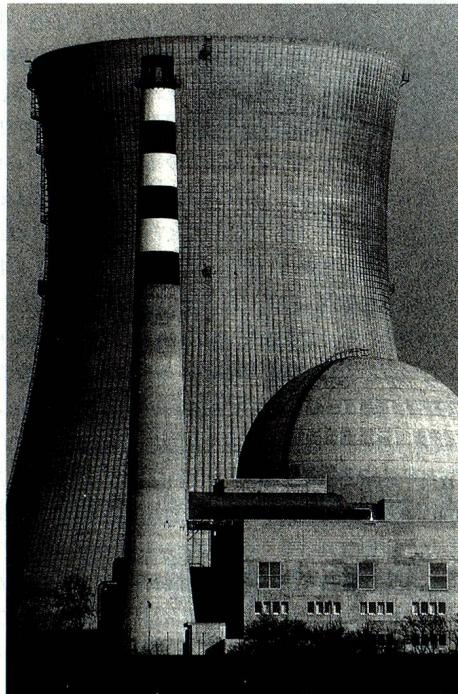
Die Weltenergiekonferenz 1985 in Cannes stellte fest, dass die hochentwickelten Industriestaaten aus Sorge um die Lebensgrundlagen und für einen tauglichen Umweltschutz den Verbrauch der Energieträger Kohle, Öl und Erdgas drastisch senken sollten. Erkenntnisse dieser Art flossen schon vor zehn Jahren in den Bericht zur Gesamtenergiekonzeption (GEK) ein: Der Rohölanteil am Energieverbrauch sollte stark vermindert – damals war die Meinung, diesen durch Atomstrom zu ersetzen – und vor allem sollte Energie gespart werden. Doch über diese Übereinkunft hinaus ist die schweizerische Nation nie gekommen.

Aus für Kaiseraugst

Die Auseinandersetzung um die richtige Energiepolitik artete in einen Grabenkrieg zwischen den Gegnern und Befürwortern der Atomenergie aus und drehte sich meistens um das in der Region Basel bekämpfte Kernkraftwerk Kaiseraugst. Heute glaubt jedoch niemand mehr daran, dass der Atommeiler gegen den Widerstand der Bevölkerung gebaut werden kann. Auch die Elektrizitätswirtschaft ist nicht mehr bereit, noch mehr Gelder in ein aussichtslos gewordenes Energieprojekt zu investieren. Bringt nun eine im Parlament eingereichte Motion Bewegung in die verfahrene Lage? Sie könnte in der Tat dazu führen, dass sich Betreiberin und Bund auf einen Verzicht und auf Abgeltungsverhandlungen einigen.

Wird das Aus für Kaiseraugst die Energiepolitik der Schweiz entkämpfen und den Weg zu einem nationalen Konsens freimachen? Die Meinungen sind geteilt, und vor allem stiessen die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Energieszenarien, noch bevor sie vollständig veröffentlicht waren, auf geharnischten Protest der Elektrizitätswirtschaft, die der Expertenkommission für Energieszenarien (Eges) «unwissenschaftliches Arbeiten» vorwarf.

Die Bundesbehörden haben diesen Vorwurf zu Recht zurückgewiesen. Nach ihnen genügen die Eges-Szenarien – gemessen an der



Umstrittener Ausstieg aus der Atomenergie.
Bild: KKW Leibstadt, Aargau.

gegenwärtig üblichen Methodik – dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Sie liefern, nach Meinung der meisten daran beteiligten Experten und aussenstehenden Polit- und Sozialwissenschaftler «die tauglichen Entscheidungsgrundlagen» für eine zukunftsbezogene Energiepolitik – unter Einbezug der globalen Energiesituation.

Mit dem politischen Aus für das Kernkraftwerk Kaiseraugst und der vorherrschenden Meinung auch in Kreisen bürgerlicher Politiker, dass jeder weitere Versuch, ein neues Atomkraftwerk zu bauen, «zu einem staatspolitischen Debakel» (so der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher) führen müsste, dürfte das sogenannte «Referenzszenario» bereits aus Abschied und Traktanden gefallen sein. Es rechnete mit einem Mehrverbrauch von 24 Prozent Energie im Jahr 2025, ausgehend vom Jahr 1985, und

nahm an, dass die Werke Kaiseraugst und Graben bis 2005 ans Netz angeschlossen würden. Und es sah vor, bis 2025 weitere vier Atommeiler zu errichten, sowie die heute bestehenden Anlagen zu modernisieren und mit dannzumal wahrscheinlich zur Reife entwickelten Hochtemperatur-Reaktoren auszurüsten.

Ausstieg möglich

Wesentlich für künftige energiepolitische Weichenstellungen ist jedoch die Feststellung, wie die Eges-Szenarien belegen, dass – über ein rigoroses Energiesparen und eine später optimale Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien – der Ausstieg aus der Atomenergie vollziehbar ist, und dies ohne Einbusse des Lebensstandards. Bis heute hatte die Elektrizitätswirtschaft stets das Gegenteil behauptet.

Aufgrund scharfer Energiesparmassnahmen, einer zehnprozentigen Energiesteuer und einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, das namentlich den zu Spitzenzeiten konsumierten Strom stark verteuerte, kommt die Variante «Ausstieg» zum Schluss, dass der Energieverbrauch im Jahre 2025 zehn Prozent tiefer liegen würde als 1985.

Das Ausstiegszenario würde nicht nur den Atomstrom aus dem Netz verbannen, es brächte ebenfalls einen Minderverbrauch von einem Fünftel des heute importierten Öls. Dagegen würde – zum Nachteil der Luftqualität – der Konsum von Erdgas und Kohle um je 40 Prozent ansteigen. Holz müsste gar um das Anderthalbfache verwertet werden und die «weisse Kohle» – die Stromproduktion aus Wasserkraftwerken – um knapp einen Fünftel höher anfallen.

Der Preis

Der «Ausstieg» würde die Eidgenossenschaft bis ins Jahr 2025 rund 86 Milliarden Franken an Steuergeldern kosten, wovon etwas über 30 Milliarden Franken in die Wirtschaft flössen und neue Arbeitsplätze

Arbeitsgruppe Energieszenarien

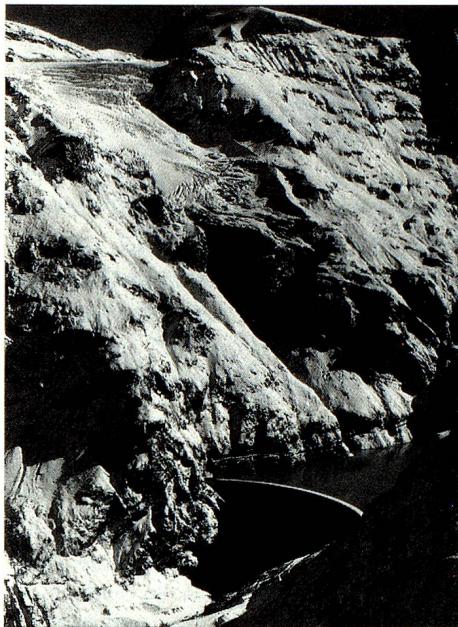
Die Arbeitsgruppe Energieszenarien (Eges) wurde vom Bundesrat beauftragt «die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie darzulegen». Ihrem über 1000 Seiten starken Schlussbericht legt sie drei Hauptvarianten zugrunde: Ausstieg aus der Kernenergie bis ins Jahr 2025, vorläufiger Verzicht auf neue Kernkraftwerke (Moratorium) und Weiterausbau der Kernenergie (Referenz-Szenarium).

schafften. Am meisten Mittel verschlängeln die Subventionen für die Anwendung rationaler Energienutzung. Man denke an Motoren, die mit einem Minimum an Energie ein Maximum an Leistung hervorbrächten, an Automotoren beispielsweise, die aufgrund staatlicher Vorschriften höchstens noch 5,5 Liter «Sprit» auf 100 Kilometer «schlucken» dürften.

Die Nachteile des Ausstiegs-Szenario dürfen allerdings nicht unterschlagen werden: der aus der Sicht des Umwelt- und Landschaftsschutzes in Frage gestellte Endausbau der Wasserkraft und vor allem die Bedingung, dass der Anteil der Energie aus Sonnenkraft auf das Zwölffache anwachsen müsste. Studien des Bundes zur Energieforschung haben ergeben, dass die Sonnenenergie höchstens ein Sechstel der gegenwärtigen Stromproduktion ersetzen könnte.

Neun Zehntel aller grösseren Flussläufe in unserem Land sind bereits verbaut oder gestaut – zur Gewinnung von Elektrizität aus Wasserkraft. Das in Aussicht genommene Projekt einer neuen, noch höheren Staumauer im Grimselgebiet ist denn auch bereits zu einem Streitfall zwischen Energieproduzenten und Landschaftsschützern geworden. Als geplantes Pumpspeicherwerk würde es im Überfluss vorhandenen und darum relativ billigen Sommerstrom (Atomstrom) in den gefragteren und darum teureren Winterstrom umwandeln.

Zudem kommt die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland weit fortgeschrittene Energieforschung heute zum Schluss, dass die Einführung alternativer Energietechni-



Wasserkraft: Eine Leistungssteigerung ist noch möglich. Bild: Guitroz-Gletscher, VS. (Fotos: Keystone)

ken – bis und mit der Verwertung von Solar-technik und Wasserstoff als Energieträger der Zukunft – vom Weiterbestand der Nukleartechnologie abhängen wird. Diese Erkenntnis und die derzeitige in der Schweiz vorherrschende Pattsituation in der Energiepolitik müssten eigentlich als Ausweg den von den Eges-Experten vorgezeichneten mittleren Weg des «aktiven Moratoriums» begünstigen.

Dieses bedingt ebenfalls eine einschneiden-

de Besteuerung des Energieverbrauchs und würde den Gebrauch und die Subvention sparsamer Elektrogeräte und Motoren vorschreiben. Das Moratorium sieht bis ins Jahr 2025 einen Mehrkonsum von rund sechs Prozent des heutigen Energiebedarfs vor und würde – sein wesentlicher Bestandteil – die Produktion von Atomstrom auf dem heutigen Niveau einfrieren. Dieses «aktive Moratorium», wie es vom an der Universität Genf lehrenden Volkswirtschaftler Peter Tschopp genannt wird, hätte den Vorteil, dass es die Atomenergie optimal zur Entwicklung neuer Energien – wie Sonne und Wasserstoff – einsetzen könnte und zudem die Weiterentwicklung der Nuklear-technologie hin zu «inhärent sicheren Reaktortypen» nicht unterbinden würde.

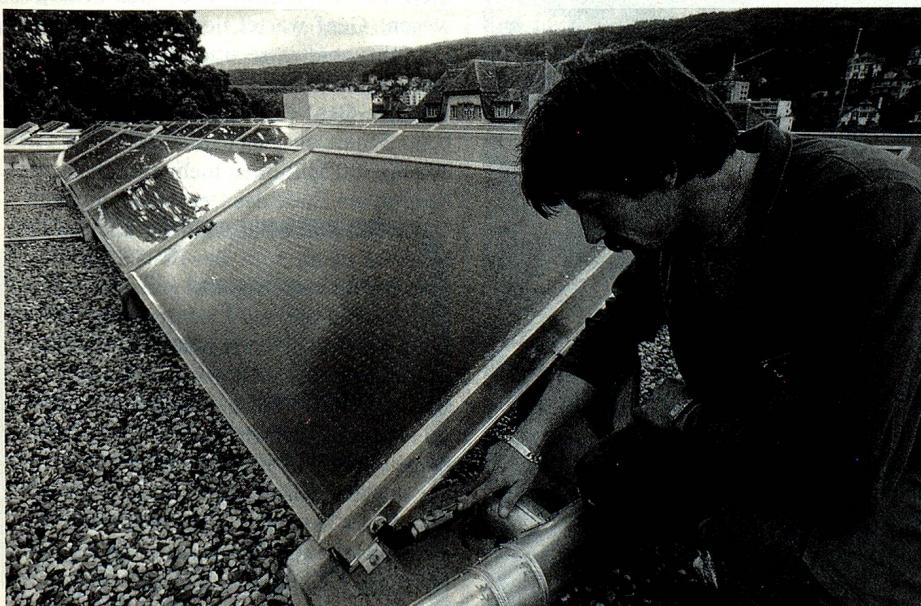
Moratorium als Lösung?

Kann die Energiepolitik in unserem Land entspannt werden? Werden sich Befürworter und Gegner der Kernenergie die Hand reichen und den vorgezeichneten mittleren Weg eines «Moratoriums» beschreiten? Gerade für die schweizerische Wirtschaft böte sich eine Chance, auf dem Gebiet der Solar- und Wasserstofftechnologie Spitzenleistungen zu erbringen und damit zur Sicherung des Werkplatzes Schweiz Entscheidendes beizutragen.

Voraussetzung dafür ist und bleibt die politische Einigung. Bleibt die Bereitschaft unter der Bundeshauskuppel, sich endlich auf eine griffige Energiesteuer zu einigen? Die Mehrheit der Eidgenössischen Energiekommission (EEK) unter der Leitung des Tessiner CVP-Nationalrates Fulvio Caccia würde diesen mittleren Weg gehen. Kann das Entsorgungsproblem – die Beseitigung der radioaktiven Abfälle – gelöst und können neue «Sicherheitsreaktoren» entwickelt werden, ist nach Professor Tschopp, Mitglied der EEK, nicht einzusehen, weshalb alle Atommeiler abgestellt werden sollten. Mit einer aktiven Energieforschung, die die Solartechniker begünstigt und nicht mehr zu den «Bettlern» auf dem Energiemarkt stempelt, sollte der Ausweg aus dem Energie-dilemma gefunden werden.

«Ich stehe dafür ein, dass wir nicht noch mehr Atomkraftwerke bauen, ich bin aber Realist genug, dass wir zur Sicherstellung unserer Energieversorgung die bestehenden Anlagen nicht einfach abschalten können», unterstützt auch der Zürcher SVP-Nationalrat Konrad Basler den dritten Weg, denn «nur er bietet Gewähr für ein Aufkommen alternativer Energietechniken». Aufgrund der Kräfteverhältnisse im Parlament dürfte er die meisten Chancen haben.

Bruno Schläppi



Sonnenkollektoren auf dem Dach für die Warmwasseraufbereitung eines Alterspflegeheimes in Neuenburg.